



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 05.10.2021**

öffentlich

Ort: **Konzerthalle Ulrichskirche,
Christian-Wolff-Straße 2,
06108 Halle (Saale)**

Zeit: **17:00 Uhr bis 19:26 Uhr**

Anwesenheit: **siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder

Claudia Schmidt	Ausschussvorsitzende
Hendrik Lange	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hans-Dieter Sondermann	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Silke Burkert	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Torsten Schaper	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Andreas Hemming	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Cordula Henke	Sachkundiger Einwohner
Friedrich Lembergt	Sachkundige Einwohnerin
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Teilnahme ab 17.27 Uhr
	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung & Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Yves Stephan	Leiter Abteilung Finanzen und Projektmanagement
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Kai Waldowski	Leiter Team Schulausstattung
Michael Gerstner	Bildungsmanager
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

Gast

Sascha Kleine	Landschaftsarchitekt Kleine und Kleine GbR
---------------	--

Entschuldigt fehlten:

Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Ada-Merve Grießer	Schülerrat der Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Frau Stollberg zum Bustransfer von Erstklässlern

Frau Stollberg fragte, inwiefern immer noch Servicepersonal der Stadtverwaltung die Kinder während der Busfahrt betreut und wie dies für die kommenden Schuljahre geplant wird.

Frau Dr. Radig sagte, dass das Servicepersonal derzeit im Einsatz ist, da es aufgrund der Corona-Pandemie besondere Anforderungen an die Transportbedingungen gab. Vorher gab es keine Begleitpersonen für den Bustransfer, da es gemäß den Unfallverhütungsvorschriften für Schülertransporte keine Vorgaben dazu gibt. Die Serviceverträge wurden zunächst bis zum 31.12.2021 geschlossen. Für das kommende Schuljahr gibt es bislang noch keine Entscheidung zur Vorgehensweise.

zu Frau Romanus zu Corona-Maßnahmen

Frau Romanus fragte, ob sich der Bildungsausschuss mit dem Beschluss des Weimarer Gerichts aus dem April 2021 auseinandergesetzt hat.

Frau Brederlow sagte, dass das Urteil der Stadtverwaltung bereits bekannt ist und es sich dabei um keine Angelegenheit des Bildungsausschusses handelt. Sie wies darauf hin, dass die Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Handlungsgrundlage für die Stadtverwaltung darstellt.

Frau Romanus fragte, ob die Stadtverwaltung eine Gefährdungsbeurteilung für Schulen hinsichtlich des Tragens von Mundschutz und der Durchführung von Selbsttests erstellt hat.

Frau Brederlow verwies auf den Rahmenhygieneplan des Bildungsministeriums des Landes Sachsen-Anhalt, der für die Stadtverwaltung bindend ist.

Frau Romanus fragte, ob die Gefährdungsbeurteilung im Aufgabenbereich der Stadtverwaltung liegt.

Frau Brederlow bestätigte dies und sagte, dass Gefährdungsbeurteilungen hinsichtlich der Aufgaben des Schulträgers durchgeführt werden.

Frau Romanus fragte, ob die LehrerInnen und ErzieherInnen mit der Umsetzung der Maßnahmen einverstanden sind und wie deren Empfinden diesbezüglich ist.

Frau Brederlow sagte, dass das Landesschulamt als Dienstherr für die Lehrerschaft zuständig ist. Für die ErzieherInnen gelten die entsprechenden Vorschriften des Landes.

Frau Romanus hinterfragte die Regelung zu den Zuständigkeiten.

Frau Brederlow sagte, dass das Land mit dem Landesschulamt für die inhaltliche Ausgestaltung der Schulen zuständig ist und die Stadt Halle kein Schulamt hat. Als Schulträger wird in der Stadtverwaltung der Fachbereich Bildung tätig.

Frau Romanus fragte, ob die Stadtverwaltung die Kinder und Jugendlichen zu ihrem Empfinden bezüglich der auferlegten Maßnahmen befragt hat.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung mit dem Stadtschülerrat im ständigen Austausch ist.

Frau Romanus fragte, ob die Stadtverwaltung mit der Elterngruppe „Die Bewegung Halle“ ins Gespräch kommen möchte.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Stadtelternrat als Stadtelternvertretung der zentrale Ansprechpartner für die Stadtverwaltung ist.

zu Herr Steinhaus zur Qualifikation von Mitarbeiter*innen des Jugendamtes

Herr Steinhaus fragte, inwieweit MitarbeiterInnen des städtischen Jugendamtes dazu befähigt sind, die Fragen der Kindeswohlgefährdung vor dem Hintergrund der Gefährdungen durch Corona-Schutzmaßnahmen gemäß gesetzlicher Vorschriften zu beantworten.

Frau Brederlow sagte, dass alle MitarbeiterInnen des Jugendamts gemäß den Rahmenbedingungen des SGB VIII Fachkräfte mit der entsprechenden Ausbildung sind. Für Fragen des Kinderschutzes erhalten sie eine Zusatzausbildung. Hinsichtlich der Bezugnahme auf die Corona-Schutzmaßnahmen verwies **Frau Brederlow** auf die bereits gegebenen Antworten aus der Einwohnerfragestunde. Eine grundsätzliche Kindeswohlgefährdung konnte diesbezüglich nicht nachgewiesen werden.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gab, beendete **Frau Schmidt** die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt wies auf folgende Ergänzung zur Tagesordnung hin:

TOP 4.2

Bildungsbeirat Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02920

- hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor
- Behandlung unter TOP 4.2.1

Frau Dr. Wünscher bezog sich auf

TOP 4.1

Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den
Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114

und wies darauf hin, dass eine Anlage mit „1. Lesung“ bezeichnet wurde und bat darum, dies zu korrigieren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.09.2021
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114
- 4.2. Bildungsbeirat Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02920
- 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsbeirat Halle (Saale)(VII/2021/02920)
Vorlage: VII/2021/03176
- 4.3. Baubeschluss für die barrierefreie Sanierung der Außenanlagen zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“, Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02535
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Planungen von Schulbauprojekten
Vorlage: VII/2021/03116

7. Mitteilungen
- 7.1. Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in weiterführende Schulen im Schuljahr 2021/2022
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.09.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.09.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.09.2021.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020** **Vorlage: VII/2021/03114**

Frau Brederlow führte in den Haushaltsplanentwurf 2022 für den Geschäftsbereich Bildung und Soziales anhand einer Präsentation ein.

Herr Stephan führte in den Haushaltsplanentwurf 2022 für den Fachbereich Immobilien ein. Dieser umfasste zum einen Investitionen an Schulen 2022 bis 2025 und zum anderen den Ergebnishaushalt.

Beide Präsentationen wurden in Session hinterlegt.

Herr Lange sagte, dass das Schülerforschungslabor im Haushaltsplan mit 24.000 Euro aufgenommen wurde, wohingegen das Salinetechnikmuseum fehlt. Er bat diesbezüglich um eine Begründung sowie um eine Sachstandmitteilung.

Frau Brederlow sagte, dass das Salinetechnikmuseum bezogen auf den Haushaltsplan nicht im Bereich der Schulen, sondern im Bereich Jugend zu finden ist.

Herr Lange verwies darauf, dass für die Franzigmark der Vertrag angepasst werden sollte und fragte, ob dies entsprechend der Finanzierung erfolgt ist.

Frau Brederlow sagte, dass der Vertrag nicht erweitert wurde, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt und dies im Sinne der Haushaltsverfügung zu begründen ist. Derzeit laufen Gespräche mit dem BUND, um eine Darstellung des tatsächlichen Mehrbedarfs zu erhalten.

Herr Lange fragte außerdem, woher die hohen Kostensteigerungen bei den PPP-Schulen kommen. Er bezog sich zudem auf die Instandhaltung im Sinne der Lebenszyklusbetrachtung und fragte, ob dies für alle städtischen Schulen beleuchtet werden kann.

Herr Stephan sagte, dass die Kalkulationen in den Verträgen und in den Zahlungen der PPP-Rate pro Schule nachgereicht werden.

Hinsichtlich der Instandhaltung verwies er auf das im Haushaltsplan benannte Programm EPIQR, womit pro Gebäudebauteil der Zustand als Qualitätsstandard nachgehalten werden kann. Er fragte Herrn Lange, wie detailliert diese Aufstellung erfolgen soll.

Herr Lange sagte, dass eine Aufstellung pro Schulgebäude ausreichend ist.

Herr Schiedung bezog sich auf die Bewirtschaftung der Schulgebäude und die aufgrund der Corona-Pandemie nicht abgerufenen Haushaltsmittel.

Er bat um eine Gesamtübersicht zur Gegenüberstellung der geplanten Mittel für 2021 und der tatsächlichen Ausgaben sowie eine Information über die Verwendung der sich daraus ergebenden Restmittel.

Herr Stephan sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scherer fragte, ob eine mögliche Anhebung des Mindestlohns bei den geplanten Lohnkosten für Reinigungskräfte im Haushaltsplan bedacht wurde.

Frau Brederlow sagte, dass die Kalkulation anhand der geltenden Gesetzeslage erfolgt ist.

Herr Scherer sagte, dass es bei Schulen im Jahr 2020 eine bilanzielle Abschreibung von über 8 Mio. Euro gab und fragte, warum diese im Jahr 2021 auf null gesetzt wurde.

Herr Stephan sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf die Planansätze im Ergebnishaushalt, die für die Jahre 2021 und 2022 dieselben Zahlen vorweisen. Er bat um Ermittlung sowie Ausweisung eines V-IST-Wertes für alle Haushaltsbereiche.

Im Folgenden bezog er sich auf Kostensteigerungen bei Schulen, die langfristige Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt haben. Er bat um transparente Darstellung dieser Auswirkungen für die verschiedenen Abschreibungszeiträume der Gebäude.

Frau Brederlow sagte, dass der Hinweis weitergegeben wird.

Herr Schaper bezog sich auf das geplante Gymnasium in Halle Ost und die im Haushalt 2021 geplanten 85.000 Euro. Er fragte, welche Maßnahmen damit finanziert werden sollten, welche Folgen der Zeitverzug hat und ob die Mittel für 2022 wieder veranschlagt werden.

Frau Schultze sagte, dass die 85.000 Euro für das Interessenbekundungsverfahren zur Grundstückssuche eingeplant wurden. Die Unterlagen befinden sich im Moment zur Prüfung beim Landesverwaltungsamt, da die Notwendigkeit des Schulstandortes noch einmal begründet werden musste.

Herr Lange bezog sich auf die Fortschreibung der Schulbudgets und fragte, ob es in diesem Jahr anhaltend steigende Schülerzahlen gibt und wie die Inflation im Bereich der Sachkosten an Schulen eingeschätzt wird.

Frau Brederlow sagte, dass sich die Schülerzahlen in den unterschiedlichen Schulformen leicht nach oben entwickeln, sodass die Schulbudgets pro Kopf geringer ausfallen. Die Inflation ist nicht eingerechnet.

Frau Ranft fragte, ob der Personalschlüssel für die Besetzung der Schulsekretariate entsprechend den Schülerzahlen angepasst wurde.

Frau Dr. Radig sagte, dass der Bedarf für jede Schule konkret berechnet wurde und keine gravierenden Änderungen zu verzeichnen sind.

Herr Dr. Lochmann fragte, warum keine Einzahlungen aus dem STARK III Fördermittelprogramm im Haushaltsplanentwurf 2022 veranschlagt wurden.

Herr Stephan sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Schmidt sagte, dass der Haushaltsplanentwurf in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses detailliert besprochen wird und Fragen gemäß Vordruck auch schriftlich eingereicht werden können.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass eine Einreichung der Fragen bis zum 20.10.2021 erfolgen soll, damit eine fristgerechte Beantwortung erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

zu 4.2 Bildungsbeirat Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02920

Frau Brederlow führte in die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Burkert brachte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Slowig hinterfragte die Auswahl der mitwirkenden Akteure.

Frau Brederlow verwies darauf, dass dies Vertreter aus allen Bereichen und von unterschiedlichen Trägern betreffen würde.

Herr Lange bezog sich auf den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und wies darauf hin, dass ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle an dieser Stelle eine gute Wahl wäre.

Herr Scherer fragte, ob anstatt der Aufzählung von Institutionen die Benennung von Personen möglich ist.

Frau Schmidt beantragte Einzelpunkt abstimmung für die Änderungen zu Punkt 2 der SPD-Fraktion.

Herr Heym sprach sich für die Beschlussvorlage und gegen die Erweiterung des Personenkreises gemäß Änderungsantrag der SPD-Fraktion aus.

Herr Sondermann regte an, den Kinder- und Jugendrat sowie das Jugendparlament mit in den Bildungsbeirat aufzunehmen.

Herr Gerstner sagte, dass die Besetzung des Beirates vielseitig beraten wurde. Er wies darauf hin, dass aus dem Bildungsbeirat heraus thematische Arbeitsgruppen entstehen werden, zu denen wiederum fachkundige Vertreter hinzugezogen werden können. Zur Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen wurde der Stadtschülerrat als Mitglied aufgenommen.

Weiterhin erklärte er, dass der Bildungsbeirat durch den Stadtrat berufen wird und jede personelle Änderung eine Beschlussfassung durch den Stadtrat notwendig machen würde. Daher hat man sich für die Benennung von Institutionen ausgesprochen.

Herr Schaper fragte, warum die Auszahlung entsprechend der Entschädigungssatzung nicht als finanzielle Auswirkung dargestellt wird.

Herr Gerstner sagte, dass die Entschädigungssatzung noch nicht beschlossen wurde, sondern derzeit überarbeitet wird und daher keine Grundlage zur Darstellung finanzieller Auswirkungen gegeben ist.

Frau Ranft regte an, die Besetzung des Bildungsbeirates in der Bildungskonferenz zu klären, um mögliche Ergänzungen im Nachhinein vorzunehmen.

Herr Schiedung wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion hinsichtlich des Vorschlages von Herrn Lange angepasst wurde.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** zunächst um Abstimmung des Änderungsantrages.

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsbeirat Halle (Saale)(VII/2021/02920)
Vorlage: VII/2021/03176**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

EinzelpunktAbstimmung für die Änderungen zum Punkt 2 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

- **jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di**
mit Patt abgelehnt
- ~~**Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen**~~
- **ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle**
einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung des Bildungsbeirates Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beruft folgende Personen / Institutionen für die Dauer von vier Jahren als Mitglieder des Beirates:
 - Stadtverwaltung Halle (Saale) - die Beigeordneten für Bildung und Soziales, Kultur und Sport, Stadtentwicklung und Umwelt
 - Agentur für Arbeit Halle
 - Jobcenter Halle
 - IHK Halle-Dessau
 - HWK Halle
 - Landesschulamt
 - Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - LIGA der freien Wohlfahrtspflege
 - Stadtjugendring Halle (Saale)
 - Netzwerk freier Schulen
 - Franckesche Stiftungen
 - Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
 - StadtElternRat
 - StadtSchülerRat
 - StadtElternvertretung

- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
- Netzwerk Umweltbildung
- 1 Vertreter/in der freien Kulturszene
- Sportbund Halle e. V.
- science2public e. V. – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation
- **jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di**
- ~~Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen~~
- **ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle**

Nach Ablauf der vier Jahre ist eine Neubesetzung zu beschließen.

3. Der Bildungsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten.
4. Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung des Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) ab dem 3. Quartal 2022 im jährlichen Rhythmus zur Arbeit des Bildungsbeirates.

Im Folgenden bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der so geänderten Beschlussvorlage.

zu 4.2 Bildungsbeirat Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02920

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung des Bildungsbeirates Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beruft folgende Personen / Institutionen für die Dauer von vier Jahren als Mitglieder des Beirates:
 - Stadtverwaltung Halle (Saale) - die Beigeordneten für Bildung und Soziales, Kultur und Sport, Stadtentwicklung und Umwelt
 - Agentur für Arbeit Halle
 - Jobcenter Halle
 - IHK Halle-Dessau
 - HWK Halle
 - Landesschulamt
 - Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
 - LIGA der freien Wohlfahrtspflege
 - Stadtjugendring Halle (Saale)
 - Netzwerk freier Schulen
 - Franckesche Stiftungen
 - Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
 - StadtElternRat
 - StadtSchülerRat
 - Stadelternvertretung
 - Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
 - Netzwerk Umweltbildung
 - 1 Vertreter/in der freien Kulturszene

- Stadtsportbund Halle e.V.
- science2public e.V. – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation
- **ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle**

Nach Ablauf der vier Jahre ist eine Neubesetzung zu beschließen.

3. Der Bildungsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten.
4. Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung des Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) ab dem 3. Quartal 2022 im jährlichen Rhythmus zur Arbeit des Bildungsbeirates.

**zu 4.3 Baubeschluss für die barrierefreie Sanierung der Außenanlagen zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“, Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02535**

Frau Schmidt beantragte das Rederecht für den Landschaftsarchitekten Herrn Kleine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Kleine führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein. Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Schmidt fragte, wie die Zugänglichkeit des Bolzplatzes für die Öffentlichkeit gewährleistet wird, wenn kein Schulbetrieb stattfindet.

Herr Kleine sagte, dass der Bolzplatz von außen her frei zugänglich ist und lediglich der Zutritt zur Sportanlage nicht für die Öffentlichkeit möglich ist. Die Schule erhält von der Sportanlage aus einen separaten Zugang über ein abschließbares Tor zum Bolzplatz.

Herr Scherer kritisierte die ausgewählte Variante der Fahrradständer und bat um Prüfung von Alternativen. Er regte zudem an, anstatt einer Nestschaukel eine Doppelschaukel zu installieren, damit mehrere Kinder diese nutzen können. Bezüglich der Baumfällungen merkte er an, dass 35 Bäume gefällt werden sollen, wovon sieben genehmigungspflichtig sind, und merkte an, dass die Ersatzpflanzungen dies vollumfänglich kompensieren sollten.

Herr Kleine sagte, dass die Fahrradständer im Hoch-Tief-Versatz gemäß Richtlinie gewünscht wurden. Bezüglich der Nestschaukeln wies er darauf hin, dass diese einen sehr großen Sicherheitsbereich haben und damit ein kommunikatives Spielen erzielt wird. Von einem Austausch mit einer Doppelschaukel riet er ab. Hinsichtlich der Baumfällungen erklärte er, dass eine Ersatzpflanzung am Objektstandort in Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Anzahl erfolgen wird.

Frau Dr. Burkert fragte, ob der Weg zum Schulgarten ein öffentlicher Weg bleibt.

Herr Kleine sagte, dass dieser Teil des öffentlichen Weges wieder der Schule zugeschrieben wird. Zudem wird ein Zaun mit einer Höhe von 1,60 m um die Schule herum errichtet, worin der Schulgarten mit dem Weg inbegriffen wird.

Frau Dr. Burkert sagte, dass für die Gestaltung des nördlichen Schulhofes nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen und eine Zusammenarbeit mit dem Blauen Elefanten geplant ist. Sie fragte, ob das Grünflächenamt bei der Gestaltung dieses Bereiches unterstützend tätig werden kann.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Burkert fragte, ob die Ersatzpflanzungen auf dem Schulgelände genügend Schatten spenden werden oder zusätzlich Sonnensegel zur Beschattung angebracht werden müssen.

Herr Kleine sagte, dass die Baumkronen durch die Ersatzpflanzungen gut ersetzt werden können. Aufgrund der verschiedenen Bodenbeläge kann jedoch keine platzgenaue Ersatzpflanzung vorgenommen werden.

Herr Lange fragte, mit welchen Baumarten die Ersatzpflanzungen vorgenommen werden.

Herr Kleine sagte, dass gemäß der Planung heimische Bäume, z. B. Linde und Kirsche, gepflanzt werden.

Herr Lange fragte, ob die Anzahl der Fahrradabstellplätze der realistischen Nutzung vor Ort entspricht und ob eine Überdachung möglich ist. Zudem hinterfragte er, ob die Konfliktsituation zwischen dem Fahrrad- und Pkw-Verkehr auf dem Gelände geprüft wurde.

Herr Kleine sagte, dass man die Anzahl anhand der Richtlinie bestimmt wurde. Er wies darauf hin, dass der geplante „Kiss & Ride“-Bereich dafür gedacht ist, die Kinder der Förderschule nach Bedarf bis zur Schule zu bringen. Es soll kein Bereich sein, in dem Eltern grundsätzlich ihre Kinder zur Schule bringen und abholen. Dafür stehen im Außenbereich der Schule genügend Parkplätze zur Verfügung, sodass der Fahrrad- und Pkw-Verkehr an der Stelle nicht überlastet wird.

Herr Hemming fragte, ob der Basketballplatz zum öffentlichen Spielkonzept der Stadtverwaltung gehört.

Herr Kleine sagte, dass die Fläche wieder der Schule als Schulhofgelände zugeschrieben wird und seitens der Stadtverwaltung eine andere Fläche für einen öffentlichen Basketballplatz gesucht wird.

Herr Hemming fragte, warum es zwei getrennte Schulgärten geben soll.

Herr Kleine sagte, dass es der Wunsch der Schulleitungen war, für jede Schule einen eigenen Schulgarten zu haben.

Herr Dr. Lochmann bat um eine Einzelbegründung für jede genehmigungspflichtige Baumfällung.

Herr Kleine sagte, dass dies im Rahmen der Planung erstellt wurde und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass der Planungsentwurf bereits im März 2021 abschließend mit den Schulleitungen abgestimmt wurde und fragte, warum die Vorlage erst ein halbes Jahr später zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Frau Schultze sagte, dass die Abstimmung zum Basketballplatz erst im Juli erfolgte und sich daran die Sommerpause angeschlossen hat, sodass es zu leichten Verzögerungen

kam.

Frau Schmidt fragte, wann und wo der Ersatz für die Basketballfläche entstehen soll und ob eine Kombination mit einem Bolzplatz möglich ist.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, den Neubau der Außenanlagen zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“, Roßlauer Straße 13/14, 06132 Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stand der Planungen von Schulbauprojekten
Vorlage: VII/2021/03116**

Frau Schmidt wies darauf hin, dass die Antworten der Verwaltung in Session hinterlegt wurden.

Frau Ranft wies darauf hin, dass einige Schulbauprojekte gemäß der Antwort der Verwaltung nicht realisiert werden können. Sie fragte, ob es dazu eine Information im Ausschuss oder in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung geben wird.

Frau Brederlow sagte, dass die geplanten Schulbauprojekte aufgrund der Haushaltssituation seitens der Kommunalaufsicht beanstandet wurden. Die Abstimmungen hierzu laufen derzeit.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Auswertung der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern in weiterführende Schulen im Schuljahr 2021/2022**

Frau Schmidt wies darauf hin, dass die Mitteilung in Session hinterlegt wurde.

Frau Dr. Radig wies darauf hin, dass die Zahlen der Schuljahresanfangsstatistik 2021/2022 nicht korrekt erfasst wurden und der Bericht mit den korrigierten Zahlen im November erneut vorgelegt wird.

Herr Schiedung fragte, ob es erhöhte Zahlen von Wiederholern gab, die sich auf die Nachrückerlisten ausgewirkt haben.

Im Folgenden bezog er sich auf die Fliederwegschule, deren Kapazität bei 40 liegt und fragte, ob es langfristig kritisch zu bewerten ist, dass diese Zahl bereits überschritten wurde. Bezüglich der fünf Auswahlverfahren fragte er, wie ein Schüler außerhalb der Nachrückerliste zu seinem Wunsch kam.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Zahlen der Schuljahreswiederholer bezogen auf alle Schulformen und Jahrgänge gemäß den Angaben des Landesschulamtes bei 270 SchülerInnen lag. Die Auswirkungen auf die fünften Klassen sind nicht konkret zu ermitteln. Bezüglich der Fliederwegschule wies sie darauf hin, dass diese einen Schuleinzugsbereich und lediglich eine Mindestschülerzahl hat, sodass sie die SchülerInnen aufnehmen muss, die da sind.

Hinsichtlich des Schülers von der Nachrückerliste sagte sie, dass sich in diesem Fall ein freier Platz ergeben hat, sodass außerhalb der Nachrückerliste eine Zuweisung erfolgt ist.

Herr Slowig wies darauf hin, dass die Zahlen zum Anwahlverhalten bei den kommunalen Gymnasien im Vergleich zum Vorjahr um über 100 SchülerInnen zurückgegangen sind. Er fragte, ob es dafür bestimmte Ursachen gibt.

Frau Dr. Radig sagte, dass mit der dritten IGS ein weiteres Angebot geschaffen wurde, das einige Eltern zum Umdenken anregt.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

zu 8.1 **Frau Dr. Burkert zur Hans-Christian-Andersen Schule**

Frau Dr. Burkert fragte, wie die Beschattung des Hofgeländes geplant ist und ob der grobe Schotter durch einen anderen Bodenbelag ersetzt werden kann, um Verletzungen zu vermeiden. Zudem wollte sie wissen, ob die Gestaltung des Schulhofes im Allgemeinen ansprechender gestaltet werden kann.

Frau Schultze sagte, dass es am kommenden Donnerstag einen Vororttermin der Stadtverwaltung mit der Schulleitung und Elternvertretern geben wird, bei dem diese Thematik besprochen wird.

zu 8.2 Herr Lemberg zum Bundesprogramm "Aufholen nach Corona"

Herr Lemberg fragte, ob für die Anmeldung der Schulträger oder die Schulen zuständig sind und ob es im Zuge dessen im Stadtgebiet Schulen gibt, die an dem Programm teilnehmen.

Herr Frolow sagte, dass die Schulen dies in Zusammenarbeit mit freien Trägern der Jugendhilfe beantragt haben. In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.09.2021 wurde dazu bereits informiert.

zu 8.3 Frau Ranft zu Schuljahreswiederholern

Frau Ranft bezog sich auf die Zahl der Kinder, die in diesem Jahr vom Schuleintritt zurückgestellt wurden und fragte, ob diese Anzahl von 79 Kindern als besonders hoch eingeschätzt wird und welche Auswirkungen dies für die Folgejahre haben wird.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Zahl der Rückstellungen aus dem Fachbereich Gesundheit geliefert wurde und zunächst eine Einordnung der Zahl überprüft wird.

zu 8.4 Herr Schiedung zum Schülerverkehr im Bereich der Nordstraße

Herr Schiedung bezog sich auf den Schülerverkehr von Halle Dölau nach Halle Neustadt und wies darauf hin, dass im Rahmen der Baumaßnahme in der Nordstraße Probleme mit überfüllten Bussen aufgetreten sind. Er fragte, ob dies der Stadtverwaltung bekannt ist.

Frau Brederlow sagte, dass dies bereits im Stadtrat thematisiert wurde und die Problematik nicht mehr vorherrscht.

zu 8.5 Frau Dr. Burkert zum Thomas-Müntzer-Gymnasium

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die bevorstehenden Digitalisierungsmaßnahmen für die Unterrichtsräume und die damit einhergehende Containerlösung für die Schule. Sie fragte, wie lange die Baumaßnahmen dauern werden und warum diese nicht in den Ferien umgesetzt werden. Weiterhin bezog sie sich auf eine Spende, die die Schule erhalten hat und fragte, wer die Spendenquittung dafür ausstellt.

Herr Waldowski sagte zu beiden Angelegenheiten eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Dr. Radig wies darauf hin, dass die Planungsausschreibungen noch nicht abgeschlossen sind und daher momentan keine konkreten Zeitpläne bekannt sind. Erfahrungsgemäß ist der Zeitaufwand bei großen Schulgebäuden größer als die Zeit der Sommerferien, weshalb zusätzliche Unterrichtsräume geschaffen werden müssen.

zu 8.6 Herr Schiedung zu Ausnahmegenehmigungen für Abendschulen

Herr Schiedung erfragte den Sachstand zur Ausstellung von Ausnahmegenehmigungen für Abendrealschule, Abendkolleg und Abendgymnasium.

Frau Brederlow sagte, dass zu dieser Thematik in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung informiert wird.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Schmidt** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin

Nachtrag

zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung des Bildungsausschusses vom 05.10.2021,
Tagesordnungspunkt 8.5 – Frau Dr. Burkert zum Thomas-Müntzer-Gymnasium –
aufgrund der Einwendung von Frau Dr. Burkert

zu 8.5 Frau Dr. Burkert zum Thomas-Müntzer-Gymnasium

Frau Dr. Burkert bat außerdem um Erklärung, warum es mehrere Monate gedauert hat, bis der ehemalige Schüler die Spendenquittung für die gespendeten Laptops erhalten hat.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin